

Zerbrechliche Ordnungen – Überlegungen zur Lage in Syrien nach der Gewalt in den Drusengebieten

Von Dr. Jochen Reidegeld

Die jüngsten Entwicklungen im Süden Syriens haben nicht nur durch ihre Gewaltbereitschaft erschreckt, sondern auch durch den breiten Resonanzraum, den sie in den ethnisch-religiösen Gemeinschaften des Landes ausgelöst haben. Was zunächst als lokalisierter Konflikt erschien, ist zu einem Signal geworden für das tieferliegende Misstrauen, das große Teile der syrischen Gesellschaft weiterhin durchzieht. Friedensethisch betrachtet liegt hierin eine der zentralen Herausforderungen: Der Weg zu einer stabilen Nachkriegsordnung führt nur über eine ehrliche Auseinandersetzung mit genau diesen gesellschaftlichen Rissen.

Gewalt auf beiden Seiten – und die Frage nach Verantwortung

Die Gewalteskalation rund um den sogenannten Drusenkonflikt ist von zahlreichen Akteuren geprägt. Es liegen belastbare Hinweise auf schwere Menschenrechtsverletzungen vor, die von den militärischen Kräften der sunnitischen Beduinenstämmen, genauso begangen wurden wie von sunnitischen Stämmen aus anderen Teilen Syriens, die den Aufrufen folgten, „den bedrohten Brüdern beizustehen“. Vorwürfe werden zudem erhoben gegen regierungnahe Milizen, aber in Teilen auch gegen drusische Kräfte. Berichte über Entführungen, Misshandlungen und Tötungen machen deutlich, wie schnell politische Spannungen in ethnisch-religiöse Konfrontationen umschlagen. Von Beobachterinnen und Beobachtern vor Ort wurde besonders betont, wie sehr sich diese Gewalttaten – verstärkt auch durch Fake News in den sozialen Medien – gegenseitig befeuern – und wie tief die Ressentiments, die teils über Generationen tradiert wurden, in den unterschiedlichen Gesellschaftsgruppen verankert sind.

Gerade in einer solchen Situation ist eine differenzierte Betrachtung des Konfliktes notwendig. Dies bedeutet nicht, dass man begangenes Unrecht verharmlost oder verneint, dies gilt in gleicher Weise für alle Konfliktparteien.

Innerhalb der drusischen Gemeinschaft gibt es Kontroversen – gerade um die Rolle von Hikmat al-Hidschri, des geistlichen Führers der Drusen. Seine Nähe zum Assad-Regime in früheren Jahren, seine ablehnende Haltung gegenüber der aktuellen Übergangsregierung sowie seine Rolle in der jetzigen Krise machen ihn zur umstrittenen Figur. Gleichwohl ist es

bemerkenswert, dass sich auch viele kritische Stimmen nun wieder hinter ihn stellen – ein Ausdruck dafür, wie stark die Bedrohungswahrnehmung von außen wirkt.

Ein Konflikt, der alte Wunden aufreißt

Die Dynamik des Konflikts offenbart jedoch eine noch tiefere Ebene: Die Konfrontationen haben innerhalb kürzester Zeit weit über ihre unmittelbare Region hinaus emotionale Reaktionen hervorgerufen. Drusische, sunnitische, kurdische und christliche Gruppen deuten die Ereignisse jeweils aus ihrer eigenen Perspektive – oft gespeist von historischen Erfahrungen, Verletzungen und Ängsten. Dass ein lokaler Gewaltausbruch solche Resonanz erzeugt, ist hoch bedeutsam: Er macht deutlich, wie wenig Vertrauen zwischen den Gruppen existiert, und wie schnell sich neue Gewalt in die Matrix alter Feindschaften einfügt.

Dieser Befund ist besorgniserregend – nicht nur mit Blick auf die unmittelbare Sicherheitslage, sondern vor allem im Hinblick auf die mittelfristigen Aussichten für Versöhnung und politischen Ausgleich. Jede zukünftige Ordnung in Syrien muss Wege finden, mit diesen tief verankerten Narrativen und Emotionen umzugehen. Ein rein funktionaler Staatsaufbau und ein machtpolitischer Interessenausgleich werden nicht genügen.

Die Rolle der Übergangsregierung – zwischen Ambition und Misstrauen

Vor diesem Hintergrund steht auch die neue Regierung unter Ahmed al-Sharaa unter kritischer Beobachtung. Zwar hat sie das Assad-Regime faktisch abgelöst und genießt in Teilen der sunnitischen Bevölkerung Rückhalt, doch ihr Verhältnis zu den Minderheiten ist ambivalent. Islamistische Milizen, die maßgeblich zur Machtübernahme durch al-Sharaa beigetragen haben, drängen auf eine stärkere Durchsetzung religiöser Normen. Zugleich mehren sich Stimmen – nicht nur unter den Drusen –, die in al-Sharaa eher einen strategisch denkenden Machtpolitiker sehen als einen inklusiven Staatsgründer.

Das Misstrauen wächst auch durch Berichte aus Lagern wie al-Hol, wo weiterhin IS-nahe Gruppen aktiv sind. Dort hoffen die internierten Angehörigen und Anhänger des sogenannten Islamischen Staates auf eine Befreiung durch al-Sharaa, drohen bereits mit Rache an den Kurden und schüren damit nicht nur das Misstrauen gegen den Präsidenten, sondern nähren auch schon vorhandene Zweifel an seiner Distanz zu extremistischen Kräften. Auch seine mangelnde Kontrolle über bewaffnete Gruppen und deren wiederholte Parteinahme mit ihm

verbundener militärischer Kräfte in lokalen Konflikten wirft Fragen auf. Ist dies Ausdruck gezielter Machtpolitik – oder Zeichen einer strukturellen Überforderung?

Wahlen allein schaffen keine Legitimität

Die kurzfristige Ankündigung von Präsidentschaftswahlen durch al-Sharaa zum 27. Juli 2025 wirkt in diesem Kontext wahlweise eher als machtstrategisches Instrument oder als beschwichtigende Maßnahme angesichts der erneuten Gewalt, denn als Ausdruck demokratischer Partizipation. Gesellschaftlich wie administrativ fehlt es derzeit an Voraussetzungen für eine Wahl, die den Willen aller Bevölkerungsgruppen ernsthaft abbilden könnte. Damit droht eine gefährliche Symbolpolitik: Wahlen ohne Vertrauen, Repräsentation ohne Teilhabe.

Friedensethik fordert Perspektivenvielfalt

Aus friedensethischer Sicht bedeutet all dies: Eine nachhaltige Lösung für Syrien kann nur gelingen, wenn ethnische und religiöse Vielfalt nicht als Bedrohung, sondern als konstitutives Element eines neuen Staatsverständnisses anerkannt wird. Religion muss dabei nicht nur als Konfliktfaktor, sondern auch als Ressource verstanden werden – insbesondere in einem Land, in dem sie für viele Menschen identitätsstiftend ist. Die besonders unter Druck stehenden Post-Islam-Religionen, wie die der Drusen, verdienen ebenso wie christliche oder kurdische Gemeinschaften echte und von ihnen organisierte politische Mitsprache, rechtlichen Schutz und kulturelle Sichtbarkeit.

Was folgt für die internationale Politik?

Gerade westliche Staaten – auch Deutschland – stehen vor der Herausforderung, ihre Syrienpolitik zu überdenken. Diese steht in der großen Gefahr, die Fehler der Vergangenheit zu wiederholen, indem man fast ausschließlich auf die Zentralregierung in Damaskus setzt und diese so in ihrem Bemühen um einen zentralen bis zentralistischen syrischen Staat unterstützt. Dies wird die Konflikte jedoch verschärfen, weil damit die schon benannten tiefliegenden Ressentiments verstärkt werden. Außerdem werden die ethnischen und religiösen Minderheiten in eine Lage manövriert, in der ihnen in der eigenen Wahrnehmung nur noch die Wahl zwischen Unterwerfung unter die Zentralregierung oder anzustrebender Autonomie bleibt. Eine kluge Syrienpolitik sollte neben der Regierung in Damaskus auch die ethnischen sowie religiösen Gruppen und Regionen stärken. Dadurch wird eine Position der Augenhöhe hergestellt, die die

Chancen auf eine echte und nachhaltige Mitgestaltung aller Syrerinnen und Syrer darüber ermöglicht, wie der neue syrische Staat gestaltet ist – säkular oder religiös, föderal oder zentral.